

ÜBUNGSTEST ÜK1–ÜK3



Lösung

Aufgabe 1

1.1.3.4.1 Auskunftsrecht

- a) Definieren Sie den Begriff «Öffentlichkeitsprinzip».

Das Öffentlichkeitsprinzip besagt, dass alle amtlichen Dokumente öffentlich zugänglich und alle Handlungen der Verwaltungen transparent sein müssen.

- b) Nennen Sie zwei Gründe, warum die öffentliche Verwaltung dem Öffentlichkeitsprinzip unterliegt.

Um die Transparenz des staatlichen Tun und Handelns zu fördern und um das Vertrauen der Bevölkerung in die staatliche Institution zu stärken.

- c) Durch welche zwei "Vorschriften" wird der Zugang zu amtlichen Dokumenten eingeschränkt?

**Datenschutz
Amtsgeheimnis**

- d) Aus welchem Grund ist die Transparenz des staatlichen Tun und Handelns derart wichtig aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger?

Weil der öffentliche Dienst aus ihren Mitten finanziert wird. Die Bürger und Bürgerinnen zahlen Steuern und mit diesem Geld werden unter anderem die Räumlichkeiten der Verwaltungen, die Beschaffungen, sowie die Löhne der Verwaltungsmitarbeitenden bezahlt.

- e) In Verbindung mit dem Öffentlichkeitsprinzip stellt die Verwaltung Informationen und Interaktionsmöglichkeiten online zur Verfügung. Wie nennt man diese Strategie?

E-Government-Strategie

- f) Nennen Sie zwei mögliche Massnahmen einer Verwaltung, die ihr E-Government verstärken will.

**Adressänderung, Fristerstreckung bei Einreichung der Steuererklärung, Baugesuche und weitere Formulare online ausfüllen und einreichen
Merkblätter zur Kehrtafelabfuhr, Abstimmungen, Ortspläne, etc. online verfügbar machen
weitere Beispiele zur Bereitstellung von Informationen und Interaktionsmöglichkeiten möglich**

Aufgabe 2

1.1.3.4.2 Datenschutz/Amtsgeheimnis

- a) Definieren Sie den Begriff "Datenschutz" und nennen Sie ein Beispiel von Datenschutzverletzung.

Der Datenschutz schützt die Persönlichkeit und die Privatsphäre und schränkt somit das Öffentlichkeitsprinzip ein.

Bsp. Personalakten, Lohndaten, allgemein Angaben über eine bestimmte oder bestimmbare Person öffentlich zugänglich machen

- b) Definieren Sie den Begriff "Amtsgeheimnis" und nennen Sie ein Beispiel von einem Verstoß gegen das Amtsgeheimnis.

Das Amtsgeheimnis schützt betriebliche Informationen und schränkt somit das Öffentlichkeitsprinzip ein.

Bsp. betriebliche Buchhaltung, interne Angelegenheiten öffentlich zugänglich machen.

- c) Was versteht man unter "Personendaten" und welche zwei Typen unterscheiden wir?

Personendaten sind Angaben, die sich auf eine bestimmte oder eine bestimmbare natürliche oder juristische Person beziehen.

Die Identität einer bestimmten Person kann direkt aus den vorliegenden Informationen abgeleitet werden.

Die Identität einer bestimmbaren Person kann durch die vorliegenden Angaben plus anhand von zusätzlichen Daten/zusätzlichem Wissen ermittelt werden.

- d) Ein ehemaliger Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung gibt bei einem Interview betriebliche Informationen über die Verwaltung preis. Wie beurteilen Sie diesen Fall?

Dies ist eine Verletzung des Amtsgeheimnisses, denn auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses muss das Amtsgeheimnis gewahrt werden.

Hier kann es zu rechtlichen Folgen, wie Geldbusse oder Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren kommen.

Aufgabe 3

1.1.3.4.3 Archivierung

- a) Skizzieren Sie den Lebenszyklus von Dokumenten. Ihre Skizze soll die Stufe, den Ort der Aufbewahrung, sowie ein Beispieldokument pro Stufe enthalten.

Die Skizze muss mindestens folgendes enthalten:

1. Stufe=laufende Geschäfte im Büro/in der Registratur

2. Stufe=befristete Aufbewahrung im Zwischenarchiv

3. Stufe=dauernde Aufbewahrung im Endarchiv

- b) Dokumente werden archiviert, weil sie zu einem späteren Zeitpunkt relevant sein können. Inwiefern kann eine Relevanz bestehen?

Ein Dokument kann in einem späteren Prozess rechtliche Relevanz haben oder aber auch einfach als Erinnerung; das Dokument dient also der Kulturpflege.

- c) Eine Verwaltung will aus Platzgründen ihr Zwischenarchiv mit der Registratur zusammenlegen. Ist dies erlaubt?

Nein, sie müssen räumlich strikt voneinander getrennt sein, so dass jederzeit klar ist, in welcher Phase sich das Dokument befindet.

- d) Was sind Registraturpläne, respektive wozu dienen sie?

Registraturpläne zeigen tabellarisch auf, welche Aktensorten von der jeweiligen Gemeindeverwaltung/kantonalen Verwaltung produziert werden und wie lange sie aufbewahrt werden müssen.

Registraturpläne werden häufig auch als Aktenpläne bezeichnet.

- e) Kreuzen Sie an, wie Sie die aufgeführten Dokumente behandeln.

	öffentlich	vertraulich
genehmigtes Budget der Gemeindeversammlung	x	
Lohnabrechnungen der Mitarbeitenden		x
Steuerveranlagung eines Einwohners/einer Einwohnerin		x
Baureglement	x	
Veranstaltungskalender einer Gemeinde	x	
Fürsorgeentscheid		x

Aufgabe 4

1.1.3.7.1 Publikationsorgane

- a) Was bedeutet "publizieren"? Nennen Sie ein Synonym oder umschreiben Sie das Wort.

Etwas zu publizieren heisst soviel wie etwas zu veröffentlichen/etwas öffentlich zugänglich machen.

- b) Wo finden Sie die offiziellen und neusten Bekanntmachungen des Kantons? Nennen Sie zusätzlich drei weitere Publikationsorgane von Verwaltungen.

***Im Amtsblatt werden die offiziellen Bekanntmachungen des Kantons publiziert.
weitere Publikationsorgane: Gesetzessammlungen, Staatskalender, Tageszeitungen, Protokolle des Parlaments, Geschäftsberichte, Budget, Anschlagkasten, usw.***

- c) Was können Sie dem Staatskalender entnehmen?

Informationen, Telefonnummern und Organisationsstrukturen der kantonalen Verwaltung

- d) Nennen Sie zwei mögliche Publikationen einer Gemeinde/des Kantons.

***Gmd.: Wahl des neuen Gemeinderats, Baubewilligungen, usw.
Kt.: ein verabschiedetes Gesetz, Bau einer neuen Strasse, usw.***

Aufgabe 5

1.1.4.1.1 Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit für die öffentlichen Verwaltungen

- a) Nennen Sie das Hauptziel von Öffentlichkeitsarbeit.

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist, das Vertrauensverhältnis zur gesamten Öffentlichkeit aufzubauen und zu vertiefen.

- b) Wie wird Öffentlichkeitsarbeit auch genannt? Nennen Sie das Synonym.

Public Relation (PR)

- c) "Öffentlichkeitsarbeit ist dasselbe wie Werbung/Marketing." Ist diese Aussage wahr oder falsch? Begründen Sie mit Gemeinsamkeiten oder Unterschieden.

Dies ist falsch!

Ziel der Öffentlichkeitsarbeit: Vertrauen und gutes Image, Bürger und Bürgerinnen informieren

Ziel von Werbung: Absatzsteigerung

Aufgabe 6

1.1.4.1.3 Massnahmen des Standortmarketings aufzeigen

- a) Warum streben Gemeinden Standortvorteile an? Welche Vorteile ziehen Sie daraus?

Gemeinden möchten einen attraktiven Standort sein, damit die Unternehmungen und natürliche Personen sich in ihrer Gemeinde niederlassen.

Vorteile:

- Es fließen mehr Steuergelder ins Gemeinwesen
- Das Arbeitsangebot steigt
- weitere Antworten möglich

- b) Was macht aus Sicht der Bürger und Bürgerinnen eine Gemeinde attraktiv? Nennen Sie vier Beispiele.

ruhige Wohnlage, gute ÖV-Verbindungen, gute Schulbildung, tiefer Steuersatz, verschiedene Vereinsangebote, gute Infrastruktur, gute Einkaufsmöglichkeiten,...

(weitere Antworten sind möglich)

- c) Welche Faktoren könnten ein Unternehmen überzeugen, eine Gemeinde als Standort zu wählen? Nennen Sie drei Punkte.

Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften, gutes Bildungssystem, lange Arbeitszeiten möglich (z.B. bei Detailhandel), tiefer Steuersatz, gute Verkehrslage, politische Stabilität,...

(weitere Antworten sind möglich)

Aufgabe 7

1.1.2.1.1 Verfassung

- a) Kreuzen Sie an, was bei der Schweiz zutrifft und erklären Sie die angekreuzten Begriffe.

<input type="checkbox"/>	Monarchie	<input checked="" type="checkbox"/>	Demokratie	<input type="checkbox"/>	Diktatur
<input checked="" type="checkbox"/>	Bundesstaat	<input type="checkbox"/>	Einheitsstaat	<input type="checkbox"/>	zentralistisch regiert
<input checked="" type="checkbox"/>	föderalistisch regiert	<input checked="" type="checkbox"/>	subsidiär	<input type="checkbox"/>	präsidentiell

Demokratie: Volk ist mitbestimmend

Bundesstaat: Staat, der aus mehreren Teilstaaten (Kantonen) zusammengesetzt ist

Föderalismus: Rechte und Aufgaben werden zwischen Bund und Kantonen aufgeteilt, Kantone sind souverän

Subsidiaritätsprinzip: Selbstbestimmung und Eigenverantwortung steht im Zentrum. Bund greift nur dann ein, wenn Kantone bei Aufgaben oder Kompetenzen überfordert ist.

- b) Nennen Sie die drei politischen Ebenen der Schweiz.

Bund, Kantone, Gemeinden

c) Nennen Sie je einen Vor- und einen Nachteil der beiden Staatsformen.

	Vorteile	Nachteile
Bundesstaat	Gebiete sind souverän gebietseigene Interessen werden berücksichtigt Verwaltung ist volksnaher	unterschiedliche Gesetze (unfair?) schwerfällige Entscheide
Einheitsstaat	leicht regierbar einheitliche Entscheide (fair) schnelle Entscheide	Minderheiten werden vernachlässigt keine Souveränität der Gebiete

(weitere Angaben möglich)

d) Definieren Sie den Begriff "Referendum".

Das Referendum erlaubt den Stimmberechtigten über wichtige Beschlüsse des Parlaments selber an der Urne endgültig zu entscheiden.

e) Es gibt das obligatorische und das fakultative Referendum. Was verstehen Sie darunter?

Wenn ein Beschluss dem obligatorischen Referendum unterliegt, müssen die Stände und das Volk obligatorisch abstimmen.

Wenn ein Beschluss dem fakultativen Referendum unterliegt, können 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone innerhalb der Referendumsfrist von 100 Tagen eine Volksabstimmung über diesen Beschluss verlangen

f) Ergänzen Sie die folgenden Aussagen mit der richtigen Bezeichnung.

Änderungen der Bundes- oder Kantonsverfassungen basieren auf dem **obligatorischen** Referendum.

Änderungen des Bundes-, der Kantons- oder der Gemeindegesetze basieren auf dem **fakultativen** Referendum.

g) Was besagt das Subsidiaritätsprinzip?

Selbstbestimmung und Eigenverantwortung steht im Zentrum. Bund greift nur dann ein, wenn Kantone bei Aufgaben oder Kompetenzen überfordert ist.

h) Wie viele Mitglieder hat der Nationalrat und wie viele Mitglieder hat der Ständerat?

Nationalrat hat 200 Mitglieder

Ständerat hat 46 Mitglieder (2 pro Kanton, 1 pro Halbkanton)

Aufgabe 8

1.1.2.1.2 Staatsaufgaben

1.1.2.2.1 Hauptaufgaben des Staates

1.1.2.2.2 Zuständigkeiten

1.1.2.2.3 Aufgabenverteilung

a) Notieren Sie jeweils drei Aufgabenbereiche.

Staatsaufgaben der Gemeinde	Staatsaufgaben des Kantons
<i>Gemeindekanzlei</i>	<i>Öffentliche Ordnung</i>
<i>Einwohnerkontrolle</i>	<i>Soziale Sicherheit</i>
<i>Finanzen</i>	<i>Bildung und Kultur</i>
<i>Steuern</i>	<i>Umwelt, Raumordnung und Verkehr</i>
<i>Soziales</i>	<i>Wirtschaft</i>
<i>Bau</i>	<i>Staat und Kirche</i>
<i>Schulverwaltung</i>	<i>Finanzordnung</i>

b) Welche politischen Ebenen erheben Steuern?

Bund, Kanton, Gemeinden

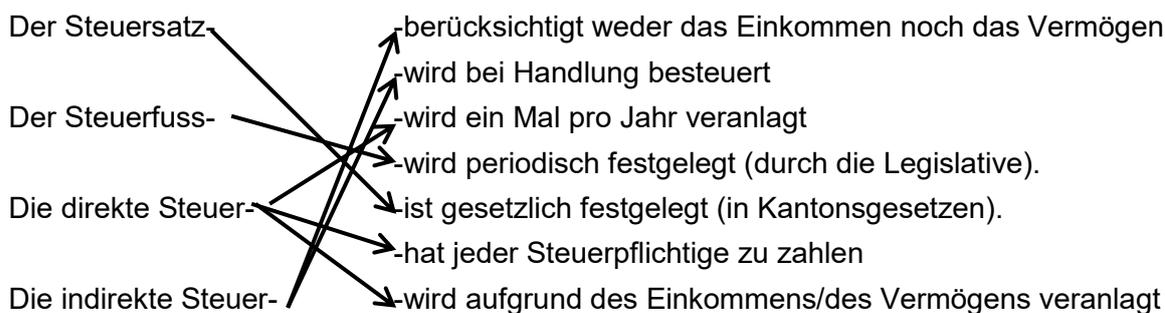
c) Das schweizerische Steuersystem gilt als Spiegelbild der föderalistischen Staatsstruktur der Eidgenossenschaft. Erklären Sie warum.

Jeder der 26 Kantone hat sein eigenes Steuergesetz und deren Gemeinden haben das Recht kommunale Steuern zu erheben. All dies zeigt die Souveränität der Schweiz auf.

d) Hat das Volk Einfluss auf die Festsetzung der Steuersätze, Steuertarife und Steuerflüsse? Erläutern Sie Ihre Antwort.

Ja, in den meisten Fällen. Denn die Kantonsgesetze, in welchen Steuersatz, -tarif und -fuss festgelegt sind, unterliegen entweder dem obligatorischen oder zumindest dem fakultativen Referendum (von Kanton zu Kanton unterschiedlich).

e) Verbinden Sie die folgenden Steuerbegriffe mit den passenden Satzenden.



Aufgabe 9

1.1.2.3.1 Gesprächstechniken

1.1.2.4.1 Korrektes Verhalten bei Reklamationen

1.1.4.1.2 Werte/Verhalten/Umgangsformen

- a) Das 4-Ohren-Prinzip besagt, dass eine Botschaft auf vier verschiedenen Ebenen aufgenommen wird. Nennen Sie die 4 Ohren und welchen Teil einer Botschaft diese empfangen.

Das Sachohr empfängt den Inhalt oder die blanke Information

Das Selbstoffenbarungsohr empfängt eine Kostprobe der Persönlichkeit

Das Apellohr empfängt die Aufforderung bestimmte Dinge zu tun oder zu unterlassen

Das Beziehungsohr empfängt die Wertschätzung aufgrund der Art und Weise wie die Person spricht.

- b) Erfinden Sie eine Aussage einer Arbeitskollegin/eines Arbeitskollegen, die sich an Sie richtet. Fassen Sie in je einem Satz zusammen, was die vier verschiedenen Ohren hören könnten.

(je nach Aussage verschieden)

- c) Sie erkundigen sich bei Ihrem Kunden, ob er mit der Dienstleistung zufrieden ist. Formulieren Sie die eine geschlossene und eine offene Frage.

Geschlossene Frage: Sind Sie zufrieden mit dem Service?

Offene Frage: Wie finden Sie unseren Service

(weitere Antworten möglich)

- d) Nennen Sie zwei Punkte, die sie unbedingt beachten müssen im Umgang mit Reklamationen, die sich an Sie richten.

aktiv zuhören, auf Fehlerabweisung verzichten, nicht auf Provokation eingehen, sachlich bleiben, Lösung vorschlagen, sich um Lösung kümmern, usw.

(weitere Antworten sind möglich)

- e) Formulieren Sie die goldene Regel der Ethik.

Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst.

Aufgabe 10

1.1.1.1.1 Öffentliches Beschaffungswesen

- a) Was stellt die Rechtsgrundlage des öffentlichen Beschaffungswesens sicher?

Das öffentliche Beschaffungswesen stellt die unparteiische und transparente Vergabe von Lieferungen, Dienstleistungen und Bauarbeiten sicher.

- b) Welche drei Auftragsarten beinhaltet der Staatsvergabebereich?

Lieferaufträge, Dienstleistungsaufträge. Bauaufträge

- c) Es gibt vier Verfahrensarten im öffentlichen Beschaffungswesen. Wählen Sie zwei davon aus und beschreiben Sie diese näher.

offenes Verfahren: Beschaffung muss im Amtsblatt ausgeschrieben werden, so können sich interessierte Anbieter Unterlagen besorgen und ihr Angebot einreichen. (bei Beschaffungen über 250 000)

selektives Verfahren: Verwaltung schreibt Beschaffung öffentlich aus, schränkt jedoch die Anbieter anhand von definierten Eignungskriterien ein. (bei Beschaffungen über 250 000)

Einladungsverfahren: Verwaltung bestimmt mindesten drei Anbieter, die ihr Angebot einreichen dürfen. (bei Beschaffungen zwischen 150 000 und 250 000)

Freihändiges Verfahren: Verwaltung kann Auftrag direkt vergeben ohne Ausschreibung (bei Beschaffungen unter 150 000)

(Werte ungefähr!)

- d) Welches Kriterium entscheidet nach welchem Verfahren etwas beschafft werden muss?

Der Auftragswert (=Preis) entscheidet, nach welchem Verfahren die öffentliche Verwaltung eine Anschaffung machen muss.

Aufgabe 11

1.1.3.6.1 Registerführung

1.1.3.6.2 Registerharmonisierung

- a) Nennen Sie ein Synonym für Register (im Sinne von Einwohnerregister).

Datenbank, Verzeichnis, Sammlung von Informationen,... (weitere Synonyme möglich)

- b) Was ist eine Registerharmonisierung und was bezweckt sie?

Die Registerharmonisierung vereinheitlicht alle Register der Verwaltungen. Dies erleichtert den elektronischen Datenaustausch und die Register sind durch die Vereinheitlichung statistisch nutzbar.

- c) Nennen Sie ein Synonym für "harmonisieren".

vereinheitlichen, in Einklang bringen, in Übereinstimmung bringen,...

Aufgabe 12

1.1.3.2.1 Verwaltungsgrundsätze allgemein

- a) Nennen Sie die vier Verwaltungsgrundsätze und erläutern Sie sie in je einem Satz.

Gesetzmassigkeit (Legalitätsprinzip): Die Verwaltung darf nur tätig werden, wenn ein Gesetz sie dazu ermächtigt.

Verhältnismässigkeit: Das öffentliche und private Interesse muss bei jeder Rechtsanwendung in ein vernünftiges Verhältnis gesetzt werden.

Treu und Glauben: Die Beziehung zwischen Bürger/Bürgerin und der Verwaltung steht in einem Vertrauensverhältnis. Beide dürfen sich auf Auskünfte verlassen.

Rechtsgleichheit und Willkürverbot: Alle Bürger und Bürgerinnen und somit auch alle gleichartigen Sachverhalte müssen identisch behandelt werden.

- b) Beantworten Sie folgende Fragen zum Thema "Frist":

Wenn heute Montag der 20. Januar ist und Sie innerhalb einer Frist von 10 Tagen Einspruch erheben können, wann genau läuft dann die Frist ab?

Am Donnerstag, 30. Januar um 24.00 Uhr läuft die Frist ab.

Wenn der letzte Tag einer Frist auf einen Samstag fällt, dann müssen Sie bereits am Freitag davor Einsprache erhoben haben. Richtig oder Falsch? Korrigieren Sie falls nötig.

Falsch; fällt der letzte Tag auf einen Samstag oder öffentlichen Ruhe- oder Feiertag, so endet die Frist am darauffolgenden Wochentag.

Korrektur: Wenn der letzte Tag einer Frist auf einen Samstag fällt, dann müssen Sie bis am darauffolgenden Montag Einsprache erhoben haben.

Müssen schriftliche Eingaben vor Fristende der schweizerischen Post übergeben werden oder bereits beim Empfänger eingetroffen sein?

Das Stempeldatum der schweizerischen Post ist entscheidend.

Aufgabe 13

1.1.3.3.1 Stufenaufbau des Rechts

- a) Stellen Sie den Stufenaufbau des Rechts auf den drei politischen Ebenen graphisch dar.

Bund: Bundesverfassung, Bundesgesetz, Verordnung des Bundes

Kanton: Kantonsverfassung, Kantonaies Gesetz, Verordnung des Kantons

Gemeinde: Gemeindeordnung, Reglement oder Beschluss

(+Hierarchie muss ersichtlich sein)

- b) Auf welchen politischen Ebenen bestehen Verfassungen und wie viele sind es jeweils?

Eine Bundesverfassung und 26 Kantonsverfassungen

(Auf Gemeindeebene gibt es keine direkte Verfassung; die Gemeindeordnung ist die Rechtsgrundlage)

- c) Was regeln die drei verschiedenen Rechtsgrundlagen im Einzelnen?

Die Verfassung legt die wichtigsten Prinzipien des staatlichen Handelns, die Grundsätze des Bürger-Staat-Verhältnisses, sowie die Grundrechte fest.

Das Gesetz legt alle grundlegenden Rechtssätze fest.

Die Verordnung legt die detaillierten Vollzugsvorschriften fest, um Gesetze vollziehen zu können

Aufgabe 14

1.1.3.3.2 Grundlagen/Systematik des öffentlichen Rechts

a) Welche Rechtsbeziehungen werden im Privatrecht geregelt?

Beziehung zwischen gleichgeordneten Personen/Rechtssubjekten (Bürger-Bürger)

b) Welche Rechtsbeziehungen werden im Öffentlichen Recht geregelt?

Beziehung zwischen Staat und Bürger

c) Kreuzen Sie das zutreffende Recht an.

	Privatrecht	öffentliches Recht
Mietrecht	x	
Arbeitsrecht	x	
Strafrecht		x
Verfahrensrecht		x
Baubewilligungsverfahren		x
Kreditbewilligung der Gemeindeversammlung		x
Materialbestellung der Verwaltung	x	
Geldbusse wegen Geschwindigkeitsüberschreitung	x	
Erbschaft	x	
Scheidung	x	
Entzug einer Bewilligung		x
Nachbarschaftskonflikt	x	
Beschädigung von Eigentum	x	
Geldschulden beim Staat		x

d) Was verstehen Sie unter zwingendem und nicht zwingendem Recht?

Das zwingende Recht gilt als Grundlage. Kein Vertrag kann diese Vorschriften aufheben.

Das nicht zwingende Recht (auch dispositives Recht) gilt nur, wenn nichts anderes durch einen Vertrag geregelt ist.

Aufgabe 15

1.1.3.3.3 Grundlagen Verwaltungsakte

a) Definieren Sie den Begriff "Verfügungen".

Die Verfügung ist eine Einzelfall betreffende, anordnende Bestimmung.

b) Wie können Verfügungen auch genannt werden?

Entscheide, Beschlüsse, Urteile

c) Was muss eine Verfügung zwingend enthalten um rechtlich verbindlich zu sein?

Bezeichnung als Verfügung

erlassende Behörde/Stelle

Datum

Sachverhalt

Rechtsmittel

Erwägung (Gründe für den Entscheid)

Entscheidung (auch Erkenntnis oder Dispositiv genannt)

Adressaten

Datum und Unterschrift

Frist zum Anfechten

d) Ergänzen Sie die Tabelle zum Rechtsmittelverfahren.

	ordentliches Rechtsmittel	ausserordentliches Rechtsmittel	Verfahren
Anzeige		x	Sachverhalt wird erneut überprüft, ohne dass der Anzeiger am Ver- fahren beteiligt ist
Rekurs	x		Der Entscheid wird an die nächst- höhere Rechtsmittelinstanz wei- tergezogen
Revision		x	Entscheid wird nochmals über- prüft nach Abschluss des Verfah- rens
Beschwerde	x		Entscheid wird bei der kantonal höchsten Rechtsmittelinstanz angefochten
Aufsichts- beschwerde		x	damit wird das Verhalten einer Behörde gerügt
Einsprache	x		Entscheid wird nochmals bei der- selben Behörde überprüft